



# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 5

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 2. Februar 1918

Anzeigen kosten die fünfspaltige Norm-  
paarletze oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vor der Einzahlung).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

## Die geplante Beitragserhöhung im Urteil unserer Kollegen.

Im „Verbands-Anzeiger“ vom 18. Oktober vorigen Jahres begründeten wir an der Hand eingehender statistischer Nachweise die Notwendigkeit des Beschlusses unseres Verbandsrates, nach dem die Beiträge für die Hauptkasse und Filialen vom Frühjahr dieses Jahres ab erhöht werden müßten. Dabei hoben wir hervor, daß die Einrichtungen und finanziellen Leistungen unseres Verbandes stets so zu gestalten seien, daß er seinen vornehmsten Zweck, die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, jederzeit erfüllen könne. Von diesem obersten gewerkschaftlichen Grundsatze wären wir auch seit Kriegsausbruch nicht abgegangen; ihm hätten wir auch unsere besonderen Maßnahmen zur Erweiterung und Verschärfung des Verbandsstatuts untergeordnet. Dann wurde klargestellt, wie während des Krieges die Einnahmen und Ausgaben unseres Verbandes ganz naturgemäß zurückgegangen, das Gesamtvermögen jedoch noch von M. 729 000 Ende 1914 auf rund M. 828 000 Ende 1916 gestiegen sei.

Dabei wurde indes hervorgehoben, daß bei der Betrachtung des in der Hauptkasse und in den Filialkassen tatsächlich vorhandenen Vermögens die Massenverhältnisse ungünstiger liegen, als es nach den obigen Feststellungen scheint. Denn die Verpflichtungen der Filialen der Hauptkasse gegenüber sind während des Krieges von M. 89 074 bis 1. Juni 1917 auf M. 129 043 angewachsen, so daß die Hauptkasse damals nur über einen tatsächlichen Bestand von M. 688 210 verfügte. Gegen dieses Anwachsen der Mehrausgaben in den Filialen, die dann zunächst, wenn auch nur vorläufig, von den am Orte befindlichen Hauptkassengebern bestritten werden, müßte Einhalt getan werden, wenn die Hauptkasse ihren statutarischen Verpflichtungen, zumal bei längerer Kriegsdauer, jederzeit nachkommen und auch für spätere Aufgaben gerüstet bleiben sollte. Dazu komme, daß von nun an aber auch nicht mehr mit größeren Ueberschüssen der Hauptkasse gerechnet werden könne. Denn, während deren Einnahmen vorläufig eher zurückgehen als ansteigen, könnten Ersparnisse bei den Ausgaben nicht mehr gemacht werden. Die allgemeine Teuerung der meisten Verbrauchsgüter für Verwaltungszwecke, die steigenden Druck- und Papierkosten usw. haben sogar deren Erhöhung zur Folge. Es müsse also ein Rückgang unserer Finanzen eintreten, solle nicht an Ausgaben gespart werden, die unbedingt notwendig sind. Daß die jetzt von den Filialen gemachten Schulden später natürlich wieder abgetragen werden, ändert nichts an dem Ernst der geschilderten Sachlage; denn kurz nach Friedensschluß ist die Hauptkasse noch längere Zeit auf den ihr zur Verfügung stehenden Bestand angewiesen, weil dann unsere Unterstützungsleistungen sicher besonders hoch sind. Es muß aber auch nach dem Kriege mit Differenzen zwischen uns und den Arbeitgebern gerechnet werden; auch das erfordert schon jetzt genügende Vorbereitung.

Unsere Verbandskasse hat während des Krieges trotz der Ungunst der uns umgebenden beruflichen und sozialen Verhältnisse ganz Außerordentliches geleistet. Nicht weniger als M. 964 634 konnten wir allein bis Ende 1916 zur Unterstützung unserer Mitglieder und deren Familien ausgeben, und wieder standen wir im vorigen Herbst vor der Frage, ob die schon viermal gewährte Familien- (Weihnachts-) Unterstützung auch diesmal ausgezahlt werden sollte. In diesem Falle mußte für eine Erhöhung der Beiträge der Hauptkasse zur Behebung des oben geschilderten Mißstandes der Schuldenvermehrung, aber auch mit der Erhöhung der Filialbeiträge, eingetreten werden.

Der Beirat stimmte beifällig dem darüber vom Verbandsvorstande gemachten Vorschlage zu und überließ es diesem, zu gegebener Zeit (etwa im Januar oder Februar dieses Jahres) endgültig über die Höhe der einzufordern Beiträge und den Zeitpunkt deren Erhebung zu beschließen. In der Zwischenzeit sollten die Mitglieder in Filialversammlungen und im „Verbands-Anzeiger“ die

Möglichkeit haben, sich zu den beabsichtigten Maßnahmen zu äußern. Das ist, wie zahlreiche Versammlungsberichte in den seither erschienenen Nummern unseres Verbandsorgans beweisen, fast auf der ganzen Linie geschehen, und zwar, was wir gleich vorausschicken möchten, fast ausnahmslos in durchaus sachlicher und von dem guten Willen geleiteter Weise, damit den Interessen unseres Verbandes und der Allgemeinheit der Kollegenschaft zu dienen.

Fassen wir den Gesamteindruck zusammen, den die uns zugegangenen Versammlungsberichte und Stimmungsberichte der Bezirksleiter und Filialverwaltungen erzeugen, so kann behauptet werden, daß sich die weitaus überwiegende Mehrzahl unserer Mitglieder rückhaltlos für eine Beitragserhöhung im gegenwärtigen Moment ausgesprochen hat. Verschiedene Filialen hatten übrigens schon vor Bekanntwerden des Beitragsbeschlusses ihre Beiträge erhöht, andere wieder haben einen früheren, als den allgemein in Aussicht gestellten Zeitpunkt für die Beitragserhöhung ins Auge gefaßt, und bedrängen nunmehr den Vorstand zur halbtägigen Lieferung der zurzeit noch nicht fertiggestellten neuen Beitragsmarken. Im allgemeinen herrschte bei den Kollegen volles Verständnis für den Ernst der Situation, die Vorstand und Beirat zu ihren Beschlüssen drängte. Das Wirken unseres Verbandes in dieser schweren Zeit auf den verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Gebieten, nicht zuletzt zur Verbesserung der bestehenden Lohnverhältnisse der Kollegen in Malerei- und Industriebetrieben infolge der verteuerten Lebenshaltung wurde anerkannt, wenn auch Kollegen, die die gegen dieses Bestreben jetzt wirkenden starken Kräfte, die in der schlechten Verurteilung eine mächtige Stütze haben, nicht genügend erkennen, ein schnelleres Tempo der Vorwärtsentwicklung erwartet hätten. Besonders rühmend hervorgehoben wurden die finanziellen Leistungen unserer Organisation für „Arbeitslosen-, Familien-, Kranken- und Altersunterstützung usw.“, demgegenüber viele Mitglieder es als geradezu erstaunlich fanden, daß unsere Finanzkraft bisher noch so unerschütterlich bleiben konnte. Man verkannte aber auch nicht, daß diese Leistungen nach Rückkehr unserer Kriegsteilnehmer noch ganz erheblich anschwellen werden; denn viele dieser Kollegen werden zunächst wenigstens unter Krankheitsbeschwerden, andere, zumal solange noch die Einfuhr von Leinöl, Terpentin usw. aus dem Auslande stockt, unter Arbeitslosigkeit leiden. Auch auf die Möglichkeit wirtschaftlicher Kämpfe größeren Umfangs bald nach Friedensschluß wurde vielfach hingewiesen; denn so sehr der Krieg auch bei manchem Arbeitgeber eine bessere Einsicht in die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft und über die Notwendigkeit geordneter und den jeweils herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen voll und ganz entsprechenden Einkommensverhältnissen erzeugt hat, so sind doch auch längst wieder die Scharfmacher auf dem Plane, die den Arbeitern jeden Einfluß streitig machen und für Verkürzung der jetzt festgesetzten Löhne und Zulagen, sowie gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt wirken. In verschiedenen Versammlungen wurde sogar der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die Beitragserhöhung nicht schon früher angeordnet worden wäre; denn wo jeder Gegenstand des täglichen Lebens um das Doppelte und Mehrfache verteuert werde und so der Wert des Geldes ganz bedeutend sinke, könne auch die Organisation mit ihren bisherigen Einnahmen unzulänglich bestehen. Die Kampffähigkeit des Verbandes aber dürfe auf keinen Fall leiden, weil man sich schäme, einige Groschen mehr pro Woche als Beitrag zu erlegen; noch dazu, da schon seit Monaten unsere Kollegen M. 9 pro Tag und vielfach darüber hinaus mehr verdienten als jeither und zudem weit weniger unter Arbeitslosigkeit litten, als in Friedenszeiten.

Natürlich fehlte es auch nicht an Gegenstimmen. So wurde ausgeführt, daß jetzt, inmitten der großen Lebensmittelteuerung, die Kollegen nicht auch noch höhere Verbandsbeiträge aufbringen könnten. Besonders die noch nicht genügend aufgeklärten Mitglieder würden sich an der stärkeren Belastung stoßen und schließlich der Organisation

den Rücken kehren. Die in Aussicht genommene Maßnahme sei zwar notwendig, doch müßte damit bis nach dem Friedensschluß und bis weitere Lohnerhöhungen eingetreten sind, gewartet werden. Einige sozialistisch angehauchte oder in längst überwundenen Anschauungen stehende gebliebene Kollegen wollten die Unterstützungsleistungen am liebsten abgeschafft sehen; allerdings ein Radikalmittel gegen eine Beitragserhöhung. Auf diese Weise glaubten sie, auch dem Verbandscharakter seinen Kampfcharakter ungeschmälert zu erhalten — womit sie jedoch sehr im Irrtum sind — und dem Verbandsvorstand keine so reichlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die ihm angeblich so große Machtbefugnisse in die Hände spielten. Diese oder ähnliche Gedankengänge traten indes eigentlich nur in Berlin zutage, wo ein großer Teil unserer Kollegen in der Kriegsindustrie unter weit besseren Bedingungen arbeitet, als die Kollegen im übrigen Deutschland und im eigentlichen Malerberufe. Es zeigte sich überhaupt ganz allgemein, daß die Gegner einer Beitragserhöhung in Industriebetrieben beschäftigte, besser bezahlte Mitglieder waren. Also trifft das Argument, als liege die Abneigung gegen erhöhte Leistungen an die Organisation immer an der Unmöglichkeit, diese zu übernehmen, nicht zu; eine Beobachtung, die übrigens schon stets in solchen Situationen gemacht werden konnte. Hier und da wurde auch eine Mäßigung gewisser Unterstützungsleistungen, vor allem der dritten Beitragsklasse, vorgeschlagen. Dagegen wandten sich jedoch regelmäßig die dabei persönlich beteiligten Mitglieder; wie überhaupt fast durchaus die Kollegen, die bisher schon den höchsten Beitrag leisteten, auch das neue Opfer am bereitwilligsten zu bringen bereit waren, weil sie die dann zu erwartende höhere Leistungsfähigkeit des Verbandes wohl zu schätzen wußten. Andere plädierten wieder für das sofortige Inkrafttreten des alten Statuts; wieder andere wollten, daß mit der Familienunterstützung nunmehr aufgehört würde. Denn leider lehrten nicht alle vom Militär entlassenen Kollegen wieder ohne weiteres zum Verbands zurück, deren Familien wiederholt unterstützt worden sind. Richtiger wäre es, die Kollegen zu unterstützen, wenn sie später aus dem Kriegsdienst scheiden und ihren Beitritt zum Verbands sobald vollziehen. In einigen Orten wurde auch gegen die Unterstützung der Frauen der angestellten Kollegen opponiert.

Die meisten Kollegen, die Bedenken äußerten, versicherten, dies nicht für ihre Person zu tun, sondern nur auszusprechen, was sie von den andern, den Egoisten und Kleinmütigen fürchten, und gelobten darum, ihrerseits kräftig mitzuwirken, damit die notwendig gewordene Maßnahme einmütig durchgeführt werde und so dem Verband und der Kollegenschaft zum Vorteil gereiche.

Bahreich sind auch die Zuschriften, die Vorstand und viele Filialverwaltungen von Kollegen beim Militär erhielten. Ausnahmslos haben diese sich zustimmend erklärt und ihre Verwunderung, ja, teils sogar Entrüstung, über die Gegner einer Stärkung der trotz des furchtbaren Krieges so festgefügt organisierten Organisation ausgesprochen.

Auf Grund der so vorliegenden Meinungsäußerungen unserer Kollegenschaft wird der Verbandsvorstand nunmehr endgültig beschließen und dazu auch den Beirat nachmals mit hinzuziehen. Dann werden die Filialen, soweit das noch nicht geschehen ist, über die Höhe des von ihnen zukünftig zu erhebenden Beitrages zu befinden haben, damit hierauf die neuen Beitragsmarken von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt an zur Einführung gelangen können.

Wir sprechen auch bei dieser Gelegenheit den dabei sich ganz besonders stark ausdrückenden Wunsch aus, daß der Krieg recht bald dem dauernden Frieden weichen möge, damit wir mit einer wohlgeordneten Organisation an die Lösung großer Zukunftsaufgaben herantreten können. Der bei den Beratungen über die finanzielle Kräftigung unseres Verbandes bei der überwiegenden Zahl unserer Mitglieder gut gezeigte Opfermut eröffnet hier zu recht erfreuliche Aussichten.



### Neuregelung des Lehrlingswesens im Malergewerbe.

Im Oktober vorigen Jahres hielten die Vertreter der Gewerbetreibenden der Verbände der Malerinnungen zu Berlin, Charlottenburg, Kottbus, Cottbus, Potsdam, verschiedene malerische, Wandmal- und Tischmalerei eine gemeinsame Sitzung ab, um über die Verhältnisse im Malergewerbe zu beraten und, soweit möglich, Vereinbarkeiten zu erzielen. Nach dem Bericht der Berliner Malerinnung war den gemachten Vorfällen und Wirkungen des Lehrlingswesens eingehend erörtert. Denn wurde geprüft, wie man die Verhältnisse verbessern könne und ob diese überhaupt geändert werden können. Zuerst wurde die Lage aller Vertreter der Innungen betrachtet, den zum vorläufigen Abschluss gelangenden Verhandlungen Rechnung tragend, ihren Innungen vorzuziehen, eine bedeutende Erhöhung der wöchentlichen Gehälter der Lehrlinge vorzunehmen. Nach eingehender Beratung wurde die Vertreter auf die Annahme von bestimmten Bedingungen und Verpflichtungen sich, diese auf die Tagesordnung der Generalversammlung ihrer Innungen im Januar 1918 zu setzen und zur Annahme zu empfehlen.

Die am 2. Januar abgehaltene Generalversammlung der Berliner Malerinnung hat nun zur Regelung des Lehrlingswesens folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Lehrzeit beträgt in der Regel vier Jahre. Das zu zahlende Monatsgeld beträgt im ersten Lehrjahre  $\text{M } 6$ , im zweiten Lehrjahre  $\text{M } 8$ , im dritten Lehrjahre  $\text{M } 10$ , im vierten Lehrjahre  $\text{M } 15$ , außerdem für jeden Lehrling eine wöchentliche Lohnzuschuss von  $\text{M } 3$ .

2. Bei einer längeren Lehrzeit als vier Jahren ist die Lohnung und die Höhe des Zuschusses dementsprechend der freien Vereinbarung zu belassen. Die Mindestlehrzeit beträgt nach Vorchrift der Handwerkskammer zu Berlin drei Jahre.

3. Die Arbeitszeit des Lehrlings beträgt 40 Stunden.

4. Über die Höhe einer zu zahlenden Entschädigungssumme entscheidet im Streitfall die von der Innung erwählte Schlichtungskommission. Die von einer Partei geforderte Entschädigung darf den Betrag von  $\text{M } 300$  nicht übersteigen. Der Vorsitzende der Lehrlingskommission hat beim Abschluss eines Lehrvertrages darauf zu achten, daß andere Bestimmungen nicht in die Lehrverträge eingeschrieben werden. Die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. April 1918 in Kraft.

Den Kollegen wird anheimgestellt, die schon bestehenden Beträge auf die vorher genannten Höhe zu erhöhen, um Mißbilligungen unter den Lehrlingen zu vermeiden.

Die Stellungnahme der übrigen Innungen Groß-Berlins zu dieser Frage ist noch nicht bekanntgegeben worden; es ist aber zu erwarten, daß sich auf obige allgemeine Vereinbarung stellen werden. In der Erklärung dieser Bedenken, auch die Gewerkschaft verhandelnden Frage, Vertreter von ihr mit zugezogen waren, wohl leider aus dem Bericht nicht hervor. Daß die Notwendigkeit hierzu besteht, bedarf keiner weiteren Begründung, nachdem es ist unrichtig darauf aufmerksam gemacht worden ist, im beiderseitigen Interesse eine gründliche Neuordnung des Lehrlingswesens vorzunehmen. Ohne irgendwie den gesellschaftlichen Obliegenheiten der Innungen und Handwerkskammern zu nahe zu treten, ist doch bei den gemeinsamen Beratungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände anderer Gewerbe und der Aufstellung der Richtlinien der Lehrlingsfrage entsprechend als gemeinsames Ziel erachtet worden: Die Sicherung und Ausbildung eines körperlich und beruflich leistungsfähigen gewerblichen Nachwuchses durch näher bestimmte Maßnahmen.

### Förderung des Lehrlingswesens durch Versicherung.

Über einen eventuellen neuen Weg zur Förderung des Lehrlingswesens sind dem „Vorwärts“ nachstehende Ausführungen zugegangen:

Die durch den Krieg bewirkte starke Verminderung der Zahl der Lehrlinge hat bei den Gewerbetreibenden ernste Bedenken wachgerufen. Diese Bedenken sind nicht unbegründet. Wenn auch in manchen Berufen eine recht mangelnde Lehrlingsbildung betrieben wurde, die eine Einschränkung des Zustromes wünschenswert erscheinen läßt, so ist doch das rasche Sinken der Zahl der Lehrlinge bedauerlich, daß darunter die Qualität unseres Gewerbetandes immer leiden könnte. Bei dem Aufbau unserer Volkswirtschaft und der Wiedereroberung der verlorenen gemeinsamen Absatzmärkte wird die Qualität der Arbeit eine hohe Rolle spielen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist das Lehrlingsproblem eine Angelegenheit, die größte Aufmerksamkeit erfordert. In manchen Gewerbebezügen, so zum Beispiel im Malergewerbe, in der Holzindustrie, im Schmiedegewerbe usw., haben sich bereits die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in gemeinsamen Beratungen mit diesem Gegenstand beschäftigt; zum Teil sind auch bereits Richtlinien für eine gemeinsame Förderung des Lehrlingswesens aufgestellt worden. In anderen Berufen, so zum Beispiel im Feinmechanischen, haben die Unternehmer das Interesse der Arbeiterorganisation, das Problem gemeinsam zu betrachten, abgelehnt, weil sie das Lehrlingswesen als eine Angelegenheit betrachteten, in der sie allein und ohne Mithilfe der Arbeiter zu entscheiden haben. Darüber ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ein anderer Grund für den Niedergang des Lehrlingswesens ist die Anziehungskraft, die die Löhne in der Kriegszeit auf den schulpflichtigen Nachwuchs und auf die Eltern ausüben. Bei der Schwierigkeit der Lebensverhältnisse ist es begreiflich, daß etwa die Kriegszeit an der Zahl der Lehrlinge ein großes Loch gemacht hat, was der Lohn ausfüllen muß; er wird, wie die Zahl der Lehrlinge zeigt, nicht ausfüllen können.

dem er zum Erwerb beitrage. Für die Veranlassung, daß es für die Zukunft des Jungen nicht besser wäre, wenn er ein Handwerk erlernen würde, bleibt da kein Raum. Viel mehr würde man davon absehen, den Sohn in eine Lehrstelle zu bringen, wenn der Vater zu Hause war. Der Sohn in der Malerindustrie war eben ein Verdienst, dem so leicht nicht zu widersprechen war. In neuerer Zeit scheint in dieser Hinsicht eine Besserung eingetreten zu sein; der Anreiz zu den Lehrstellen steigt wieder. Im Registe der Berliner Handwerkskammer sind für März vorigen Jahres 2249 Lehrlinge angemeldet und 122 gemeldet worden. Gegenwärtig sind etwa 10 000 Lehrlinge vorhanden; in der Friedenszeit sind es aber 11 000 gewesen.

Es sind verschiedene Mittel angewendet worden, um die Meinung, ein Lehrverhältnis einzugehen, zu fördern. Die Erhöhung der den Lehrlingen gewährten Entschädigung ist das Wichtigste; es ist aber begreiflich, daß damit keine großen Erfolge zu erzielen sind. Einen anderen Weg hat der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handelskammerevereinigungen eingeschlagen. Er hat eine Lehrlingsversicherung eingeführt, die am 1. Januar 1918 in Kraft getreten ist. Dieser Einrichtung schenkt der Gewerbeverband, daß die Aussicht, später selbständig zu werden, einen Anreiz zur Erlernung des Gewerbes ausüben soll. Durch die Versicherung soll dem verheirateten Lehrling ein Kapital von  $\text{M } 500$ ,  $1000$ ,  $1500$  oder  $\text{M } 2000$  sichergestellt werden. Die Versicherungsdauer beträgt mindestens 10 und höchstens 15 Jahre. Die Jahresprämie beträgt zur Erlangung eines Kapitals  $\text{M } 500$  nach 10 Jahren  $\text{M } 42,50$ , nach 15 Jahren  $\text{M } 26,15$ . Um  $\text{M } 2000$  nach 10 Jahren zu erlangen, müssen  $\text{M } 160,40$  jährlich gezahlt werden; das gleiche Kapital kann man sich nach 15 Jahren durch eine Jahresprämie von  $\text{M } 104,50$  sichern. Auf die Versicherungsbedingungen im einzelnen braucht man hier nicht näher einzugehen. Das Wichtigste dabei ist, daß der Lehrling die Verpflichtung übernimmt, die Prämien während der Lehrzeit zu zahlen; damit soll die Gegenleistung für die Arbeit des Lehrlings ganz oder teilweise abgedeckt sein.

Ob die Einrichtung wirklich den erwarteten Erfolg zeitigen wird, muß abgewartet werden. Vermutlich werden viele Versicherungen verfallen, weil die Weiterzahlung der Prämien nach Beendigung der Lehrzeit früher oder später eingestellt werden wird. Aber auch, wo dieser Fall nicht eintritt, wird das erparierte Kapital nur in Ausnahmefällen zur Erlangung eines selbständigen Unternehmers Verwendung finden. Wenn den Gründern die Hintergedanke der Not vorgesetzt haben sollte, auf diesem Wege das Kleinhandwerk zu leben, dann werden sie die Erfahrung machen müssen, daß einer zum Ausbilden verurteilten Produktionsform auch durch solche Mittel kein neues Leben eingehaucht werden kann.

Damit soll, gegen die Versicherungseinstellung an sich nichts gesagt sein. Auch der Arbeiter, der den Jugendtraum von dem Selbständigwerden anzuträumt hat, wird gegebenenfalls ein kleines Kapital ganz gut brauchen können. Um die Handwerkslehre zu fördern, müssen aber andere Mittel angewandt werden. Nicht durch das Fehlen einer späteren Selbständigkeit soll man die jungen Leute zu laden versuchen. Man muß sie möglichst selbst mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Lehrling es in der Regel nicht weiter bringt, als zum nächsten Arbeiter in seinem Beruf. Etwas Ähnliches zu lernen, um später als Arbeiter in seinem Beruf ein gutes Fortkommen zu finden, das muß die Aufgabe des Lehrlings sein. In den Berufen, in denen dem Arbeiter günstige Arbeitsbedingungen geboten werden, und vor allem dort, wo die dem Lehrling gewährte Vergütung eine entsprechende ist, ist gewöhnlich auch der härteste Lehrlingsandring. Bei der Förderung des Lehrlingswesens muß diesem Moment die größte Bedeutung beigemessen werden. Eine angemessene Entlohnung des Lehrlings, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Ausbau der Tarifverträge zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen ist das beste Mittel, dem Gewerbe ausreichenden Nachwuchs zu sichern, auf der anderen Seite aber auch der Missetzung vorzubeugen; ein Moment, das jedoch gegenwärtig nicht aktuell ist. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewerbe auf dem richtigen Wege befinden, die die Regelung des Lehrlingswesens in den Kreis der gemeinsam zu lösenden Aufgaben einbezogen haben. Das Lehrlingswesen ist keine Aufgabe, die die Unternehmer allein angeht; die Gewerkschaften haben dabei ein gewichtiges Wort mitzusprechen, und sie müssen dieser Aufgabe die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

### Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielt Kollege Paul Beyer (Zentrale, Thorn); die österreichische bronzenen Tapferkeitsmedaille und das Karl-Truppen-Kreuz Kollege Hans Wirth (Zentrale, Hamburg); das Eisene Kreuz 2. Klasse die Kollegen Hermann Kilian und Philipp Feuerbach (Zentrale, Mainz), letzterer auch die heilige Tapferkeitsmedaille.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Altenburg. In unserer Mitgliederversammlung vom 15. Januar waren zwölf Kollegen anwesend. Der Kassensbericht vom vierten Quartal 1917 wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen; ebenso der Jahresbericht. Eine Klärung über die verfloßene Kriegszeit ergab, daß wir von 57 Kollegen noch 26 in der Filiale sind, 39 Kollegen sind noch beim Militär. Den „Vereins-Anzeiger“ erhalten gegenwärtig noch 30 Mann. Davon sind 23 verheiratet und 7 ledig. Die anderen 9 sind nicht zu ermitteln gewesen, und zwar 1 Verheirateter und 8 Ledige. 12 Kollegen sind gefallen und 2 vermisst; 3 Kollegen sind vom Militär zurück und wieder im Verband. Im Malerberuf arbeitet keiner davon; 2 Kollegen sind invalid und noch in militärischem Dienst; 8 Kollegen sind aus- respektive übergetreten wegen Berufswechsels. Gestorben sind im Jahre 1917 3 Kollegen. Von den 26 noch in der Filiale befind-

lichen Kollegen arbeiten zurzeit im Malerberufe 8; davon auf eigene Rechnung 3, im Lackereberufe 3; arbeitslos sind 2. Also nur die Hälfte unserer Mitglieder arbeiten noch als Maler, respektive Lackierer. Der Punkt Beitrags-erhöhung führte zu einer lebhaften Aussprache. Grundsätzlich dagegen wurde sich nicht ausgesprochen. Es wurde lebhaft bedauert, daß in unserm Berufe jetzt der Minimallohn weit niedriger ist als in allen anderen Berufen. Maler erhalten hier einen Minimallohn von 90, und Bauarbeiter von 85  $\text{M}$ , mit der bestimmten Zusage von weiteren 5  $\text{M}$  am 1. April. Es sei außerordentlich schade, etwas über den Minimallohn hinauszukommen. Festgestellt wurde, daß in einem Falle 2  $\text{M}$  und in zwei Fällen 5  $\text{M}$  über dem Minimallohn bezahlt werden. Es hätte die Verhandlung erst den Lohn höher bringen, und dann den Mitgliedern mit einer Beitrags-erhöhung kommen lassen. Über den Vorschlag des Filialvorstandes, zu dem vom Hauptvorstand noch näher zu bestimmenden Zeit die Beiträge um 15  $\text{M}$  die Woche zu erhöhen, stimmten sieben Kollegen dafür, fünf dagegen; unter den letzteren waren sogar Mitglieder, die außer Beruf arbeiten und einen bedeutend höheren Verdienst haben, als die im Berufe tätigen. Bei Punkt „Wahl der Filialverwaltung“ wurde die jetzige Verwaltung einstimmig für ein weiteres Jahr mit der Geschäftsführung in derselben Weise wie bisher betraut.

Bremen. In einer am 12. Januar abgehaltenen, gut besuchten Versammlung nahmen unsere Kollegen Stellung zum Ablauf des Reichsarbeitsvertrages. Im Laufe der Debatte wurde ein Antrag angenommen, der besagte, daß unsere Meister ersucht werden sollen, einen Lohn zu zahlen, wie ihn die Bauarbeiter haben; daß also die Maler mit den Bauarbeitern in Bezug auf Lohnhöhe gleichkommen. Es wurde von allen Rednern betont, daß es durch nichts begründet sei, die Maler geringer zu entlohnen als andere Bauarbeiter. Die Lebensmittelpreise haben eine solche erschreckende Höhe angenommen, daß mit den bisher gezahlten Löhnen nicht auszukommen sei. Würden die Bremer Arbeitgeber wieder so engherzig sein wie bei der vorjährigen Erneuerungszusage, so würde die Folge sein, daß andere noch im Beruf tätigen Kollegen sich andere, lohnendere Beschäftigung suchen und dem Gewerbe den Rücken kehren würden. Was bei den anderen Berufen möglich ist, auch bei uns durchführbar, die Phrase: „die Kunstschaff bezahlt es nicht“, hat durchaus keine Berechtigung. Das beweist die Arbeit, die während des Krieges geleistet worden ist, und woran die betreffenden Arbeitgeber trotzdem gut verdient haben. Auch die vielen Arbeiten, die wegen Mangel an Material ausgefallen werden müssen, beweisen, daß die Kunstschaff bezahlten will; denn das meißt jecht jedes Kind, daß überall Kriegspreise genommen werden. Sollten die Bremer Arbeitgeber auch in diesem Jahre wieder die bekannte Pfennigfucherei betreiben, so wird die Gesinnung ganz energisch dagegen protestieren und dem Bremer Publikum an der Hand von Aufrechnungen beweisen, daß unsere Meister sehr wohl imstande sind, bedeutend mehr zu zahlen. Ein Redner meinte, es sei ein Skandal, daß man die Malerkollegen mit 83  $\text{M}$  die Stunde abfertige, in allen anderen Berufen würde bedeutend mehr gezahlt. Im folgenden Punkte der Tagesordnung wurde die vom Vorstand und Beirat angelegte Beitrags-erhöhung besprochen. Es wurde keine Stimme gegen eine Einführung erhöhter Beiträge laut. Allgemein waren die Kollegen der Ansicht, daß nur eine gut geleitete Organisationsklasse die Gewähr biete, etwas zu leisten.

Stettin. Unsere am 14. Januar folgende Generalversammlung nahm zunächst den Kassensbericht des vierten Quartals entgegen. Der Stand der Filiale hat sich im lehrerangenen Quartal wenig verändert. Die Aufnahmen sind durch die zum Seeresdienst einberufenen Kollegen ausgefallen. Im weiteren fand die Neuwahl der Verwaltung statt. Es wurde neugewählt zum Vorsitzenden der Kollege Karl Lakke, wiedergewählt als Kassierer Kollege Juch, als Schriftführer Kollege Semilo. Nach weiterer Wahl der Nebenämter beschäftigte man sich mit der im Februar ablaufenden Tariffrage. Hierzu nahm Kollege Juch das Wort. Er hob unter anderem hervor, daß unsere Kollegen in Anbetracht der Stettiner Großstadt sei, bis jetzt sehr schlecht abgeschnitten hätten. Daß wir zufrieden sein könnten, wiesen Redner sowie die Versammlung entschieden ab. Ein Kenner der Stettiner Verhältnisse wird die Rechtmäßigkeit unserer Ansprüche anerkennen müssen. Aber der große Widerstand der unorganisierten Kollegen wird noch länger ein Hemmschuh für uns sein. Unsere Kollegen haben sich zwar mit der Agitation alle erdenkliche Mühe gegeben; aber ungeachtet dessen forderte Redner auf, immer weiter so zu arbeiten; nicht bezagen, wäge auch nur von Zeit zu Zeit einer von den jüngeren oder von den älteren, die demalst mit uns gemeinsame Sache führten, zu gewinnen. In der Hoffnung auf die kommende Zeit, die wieder eine Besserung unserer Lohnfrage bringen wird, schloß der Redner seine Ausführungen. In der nachfolgenden Aussprache schlossen sich ihm sämtliche Kollegen an und sprachen ihrerseits den Wunsch aus, alles zu tun, um eine Stärkung unserer Filiale herbeizuführen. An den Magistrat der Stadt Stettin ist, wie mitgeteilt wurde, am 18. Dezember ein Antrag abgegangen, um den Preiszuwachs für unsere Kollegen zu erhalten. Jedoch lag bis zum 13. Januar keine Rückantwort vor. Daraus ist erneut am 14. Januar eine Mitteilung an den Magistrat gesandt worden. Die Versammlung sprach ferner ihr Bedauern darüber aus, daß eine Mitteilung wegen der Beitrags-erhöhung an unsere Filiale noch nicht gerichtet ist. Zur Januarversammlung hätte doch die Angelegenheit der Beitrags-erhöhung gediehen sein können. Nach einigen Ausführungen im „Vereins-Anzeiger“ und nochmaligem Ermahnen an die Kollegen, mit ganzem Interesse für die Organisation und für unsere Filiale zu wirken, fand die Versammlung ihren Abschluß. Im Laufe der Versammlung erhielt der Vorsitzende noch die Mitteilung, daß unser Kollege Stominsky im Lazarett infolge Gasvergiftung gestorben ist.



### Baugewerbliches.

**Wettbewerb für sparsame Bauweise.** Einer Zuschrift hierüber entnehmen wir das Folgende: Es ist Pflicht des deutschen Volkes, seinen heimischen Angehörigen eine mögliche Heimstätte zu bereiten, in der sie sich wohl fühlen und die Segnungen des von ihnen erstrittenen Friedens genießen können. Gerade der Ansiedlungs- und Kleinwohnungsfrage aber stellen sich die größten Schwierigkeiten entgegen. Die Preise für Grund und Boden sind stark gestiegen, und knapp und teuer werden vor allen Dingen die Baustoffe sein. Es wird sich also darum handeln, die Bedingungen zu schaffen, die den Bau von guten, gesunden und doch billigen Wohnungen erndtlich und die Gedankenarbeit auf die Heranziehung von Erfindungen von Erfindungen zu richten. Denn nur, wenn nach dem Friedensschluss genügend Baustoffe vorhanden sind, wird die Herstellung von guten und doch billigen Wohnungen ermöglicht sein. Beides setzt sich der Unter dem Vorhabe des Geheimen Regierungsrates Professor Dr. Seefelders in Berlin gegründete Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise G. V. zum Ziele, der alle Schichten der Bevölkerung, nicht zuletzt Vertreter der Angestellten und Arbeiter, zur Mitarbeit in seinen Ausschüssen heranzuziehen verstanden hat. Um möglichst sicher und schnell auf dem Wege positiver Arbeit zum Ziele zu gelangen, veranstaltet der Reichsverband einen allgemeinen Wettbewerb unter Angehörigen des Deutschen Reiches, um Vorschläge für die wirtschaftlich beste Ausgestaltung des Kleinwohnungs-wesens in der Betonung sparsamer Bauweise zu erhalten. Für Preise stehen  $\text{M} 20.000$  zur Verfügung, von denen  $\text{M} 6000$  dem oder den Verfassern der die Aufgaben am besten lösenden Bewerbung zufallen sollen. Auch im Preisgericht wirken Vertreter der Angestellten und Arbeiter mit. Bewerbungen sind bis zum 5. April 1918 an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise G. V. in Berlin W 30, Mohrstraße 8, einzuliefern, von der Interessenten die näheren Bedingungen des Wettbewerbs erhalten können.

Einkaufsgenossenschaften im Verbandgebiet hielt Herr Roth, Karlsruhe, einen informierenden Vortrag. Er rief dem rheinisch-westfälischen Malergewerbe dringend, sich zum gemeinschaftlichen Einkauf zusammenzuschließen. In der darauf folgenden Aussprache kam zum Ausdruck, vorläufig für den Verband bezügl. nur eine Genossenschaft zu errichten. Beschlissen wurde von dem Verbandstag, eine Genossenschaft zu gründen, die sich der Zentralgenossenschaft in Mannheim anschließen soll. Heber die handliche Zeimverforgung und die im Malergewerbe gebräuchliche Zeimvereinerung gab Herr Dr. Meurer die nötige Aufklärung; auch über die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes auf das Malergewerbe gab der Redner interessante Bemerkungen. Das Malergewerbe sei stärker zum Hilfsdienst herangezogen als andere Handwerksberufe, die sich ausreichend mit Heeresaufträgen versehen können. Es würden vielleicht nur noch 25 pSt. aller im Malergewerbe im Friedenszeiten tätigen Arbeitskräfte vorhanden sein. An das Kriegsamt, die zuständigen Einberufungsausschüsse und an die Bundeswerkstätten seien Eingaben gerichtet worden, ohne daß bis jetzt besondere Erfolge zu merken seien. Aufgabe der Innungen und Ortsgruppen sei es nun, an ihren Orten gesetzmäßig festzustellen, wieviel Meister und Gehilfen noch vorhanden, und gleichzeitig festzustellen, ob die vorhandenen beruflich tätigen Personen im Malergewerbe im Interesse der Volksversorgung notwendig seien. Dies treffe wohl fast allgemein zu. Die Gewerbeinspektionen seien über die Verhältnisse zu orientieren. Ebenfalls erinnerte der Redner daran, danach zu streben, daß die jetzt vielfach von Stadtverwaltungen hergestellten Wohnungseinrichtungen für Kriegsgelante vom örtlichen Handwerk ausgeführt würden und die Maler den Anstrich übernehmen. -- Ein Antrag der Düsseldorfer Innung, für beide Malerverbände, die doch schon einen gemeinsamen Geschäftsführer hätten, auch nur einen Vorstand zu bilden, wurde einer Kommission aus den beiden Vorständen überwiesen, die die Durchführbarkeit des Antrages prüfen soll. Der in diesem Jahre stattfindende Verbandstag soll dann darüber entscheiden.

vierten Vierteljahr 127 und im ganzen Jahre 1917 205 geleistete Wochenbeiträge. Eine solche Gewerkschaft zur Qualifikation bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, von den meisten Seiten mit Hilfe und Vertrauen umgeben zu werden können.

**Der Fabrikarbeiterverband** gibt in der letzten erschienenen Nummer des „Proletariats“ einen Bericht von Jahresbericht für 1917 bekannt. Bei Antritt des Jahres der Verband rund 200.000 Mitglieder. Der Verband hat er unter Einrechnung der im Jahre liegenden Mitglieder 210.000. Im vergangenen Jahre wurden rund 15.000 Mitglieder neu aufgenommen. Durch Austritt, Streik, Abreise und aus anderen Gründen verlor der Verband 20.225 Mitglieder, so daß er nun über 200.000 Mitglieder aufgenommen hat. Das Verbandsorgan nennt das eine geradezu übererwartende Aufschwung. Die Zahl der Neuaufnahmen hat sich gegen 1916 fast verdoppelt, gegen 1915 vervielfacht. Seit dem Jahre 1909 hat der Verband vor allem den Frieden. Sollte diese auch in der Uebergangszeit ein vorübergehendes Nachlassen der Mitgliederzahl mit sich führen, so muß er doch den Beginn einer allgemeinen Erholung bedeuten und den Verband für alle Dauer unerträglich befähigen.

**Reichstarif für die Handschuhindustrie.** Seit längerer Zeit arbeiten die Zentralinhalten des Lederarbeiterverbandes und der entsprechenden Unternehmerverbände an der Errichtung eines Reichstarifs, der die Schuhindustrie in der Gewerbe befreit und die Arbeitsverhältnisse zum Teil regeln soll. Der Abschluß des Vertrages steht unmittelbar bevor. Er zerfällt in drei Teile, von denen der erste die allgemeinen Tarifbestimmungen, der zweite den Lohnstarif und der dritte die Stücklöhne enthält. Ein paritätisches Tarifamt und Schlichtungsgericht sind vorgesehen. Die Arbeitszeit beträgt überall 55 Stunden. Nebenstunden sollen nur in dringenden Fällen gemacht werden und jedes Jahr kurze Ferien unter Gewährung einer festgesetzten Entschädigung gegeben werden. Auf durchschnittlich acht Gehilfen soll ein Lehrling mit dreieinhalbjähriger Lehrzeit kommen. Entsprechend den Mindestlöhnen sind auch Mindestpreise für das ganze Reich vorgegeben.

### Gewerkschaftliches.

**Die Dresdner Gewerkschaften für die Haltung der Generalkommission und gegen jede Zerstückelung.** Zu einer einheitlichen Stellungnahme für die Haltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung während des Krieges und gegen die Willkür der Gewerkschaften Deutschlands geführende, Wählerarbeit gewisser Kreise, denen die freudlose Brause über die praktische Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse geht, gestaltete sich eine Konferenz der Dresdner Gewerkschaftsfunktionäre, die im Volksause abgehalten wurde. Reichstagsabgeordneter Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, legte in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage überzeugend und beweiskräftig das Wirken und die durch die Verhältnisse bedingte Taktik der Gewerkschaften während des Krieges dar. In der regen Diskussion kamen auch die Kritiker an der Haltung der Generalkommission ausgiebig zum Wort. Nach einem alle Einwände sachlich widerlegenden Schlusswort des Vortragenden wurde folgende Entschließung gegen nur zwei Stimmen angenommen:

**Beitragserhöhung im Verband der Schiffszimmerer.** Der Schiffszimmererverband will eine Beitragserhöhung in der Weise vornehmen, daß an Stelle des bisherigen Mitgliedsbeitrages von 80  $\text{M}$  und  $\text{M} 1$  treten. Dementsprechend soll die Arbeitslosen- und Streikunterstützung erhöht und nach der Dauer der Mitgliedschaft im Verbande abgeändert werden. Diese Anträge des Vorstandes werden einer Abstimmung unterzogen und im Falle der Annahme am 1. Juli 1918, die erhöhten Unterstüßungen am 1. Januar 1919 in Kraft treten.

### Aus Unternehmerkreisen.

**Eine gemeinsame Tagung des Westdeutschen Malermeisterverbandes und des rheinisch-westfälischen Malerinnungsverbandes** fand in Düsseldorf statt. Ueber die Tätigkeit der beiden Verbände im verflochtenen Geschäftsjahr und über die allgemeine Lage im Malergewerbe berichtete der Geschäftsführer Dr. Meurer. Er kennzeichnete die Schwierigkeiten, mit denen unser Gewerbe zu kämpfen hatte, und die Maßnahmen, die von den beiden Verbänden zur Sicherung der Existenz des Malergewerbes getroffen wurden. Die wenigen Meister, die heute noch ihr Geschäft betreiben, hätten keinen Mangel an Aufträgen, wohl aber an Material und an ausreichenden Arbeitskräften. Auch in der Zeit der Uebergangswirtschaft dürfte es nicht an Aufträgen, wohl aber an Material und wahrscheinlich auch an Arbeitskräften fehlen. Es wäre deshalb eine der Hauptaufgaben der Verbände gewesen, ihr Augenmerk auf die Sicherung der Rohstoffe und eines ausreichenden Nachwuchses im Malergewerbe zu richten. Der Mangel der Lehrlinge im Malergewerbe sei außerordentlich hoch; an vielen Orten gingen die Lehrlinge aus der Lehre fort, um in der Kriegsindustrie hohe Löhne zu verdienen. Kein Gewerbe könne aber ohne einen ausreichenden und tüchtigen Nachwuchs bestehen. Der Redner schloß eingehend die Folgen dieser Verhältnisse für das Gewerbe und wie es im Interesse der Eltern schulentlassener Kinder und auch in ihrem eigenen Interesse liege, ihre Knaben nicht in die Fabriken zu schicken, sondern einem tüchtigen Meister anzuvertrauen, damit sie in jeder Beziehung als tüchtige Arbeitskräfte herangebildet werden. Die Verbände hätten im vorigen Frühjahr an sämtliche Schulen des Bezirks ein Schreiben gerichtet und darin auf den Nutzen der handwerklichen Erziehung aufmerksam gemacht. Wenn das Handwerk auch nicht für seine Lehrlinge die hohen Löhne bezahlen könne, die sie in der Kriegsindustrie erhalten, so werde es aber doch notwendig sein, eine Anerkennungszulage auch den Lehrlingen zu gewähren. Für die Ausbildung der Lehrlinge dürfe nichts unversucht bleiben; je besser der Nachwuchs herausgebildet werde, um so leistungsfähiger werde das Malergewerbe sein. Im weiteren kam Herr Dr. Meurer auf die stattgefundenen Tarifverhandlungen und die Bemühungen der Verbände, an einzelnen Orten höhere Lohnstundenpreise durchzusetzen, zu sprechen. Im großen und ganzen könne er feststellen, daß die Bauverwaltungen diesen Bestrebungen entgegenstanden. Bedauerlich sei, wenn das Malergewerbe seine Preise nicht in Einklang bringe mit den gestiegenen Selbstkosten. Eine heißere Zeit als die heutige, angemessene und lohnende Preise durchzusetzen, werde es für das Malergewerbe wohl niemals mehr geben. Jepermannt wisse heute, daß alles bedeutend teurer geworden sei, und dazu könne man mehr Arbeit erhalten, als man tatsächlich ausführen könne. Für die Berechnung auskömmlicher Preise wäre allseitige Aufklärung gegeben, auch ein Preisbuchslein in 2000 Exemplaren herausgegeben worden, das für das gesamte Gewerbe von großer Bedeutung sei. Ueber die Gründung und den Wert von Genossenschaften und über die Fragen des Wiederaufbaues des Handwerks nach dem Kriege seien besondere Richtlinien aufgestellt worden. Mit Erfolg sei auch eine Entschädigung herbeigeführt worden, daß das Malergewerbe für die Warenumschleifer nicht in Betracht kam. Scharf ging der Redner zum Schluß mit denen ins Gericht, die interesselos allen Bestrebungen der Verbände gegenüberstünden, denen der geringe Verbandsbeitrag noch ein Opfer bedeute. Das sei beschämend, und hierin liege auch die Ursache, weshalb das Handwerk gegenüber andern Berufsständen nicht in ausreichendem Maße sich habe durchsetzen können. Kein Wort und kein Staat könne ihm helfen, wenn es sich nicht selber zu helfen vermag, wenn es nicht an die Stelle der Interesselosigkeit und des mangelnden Opferwillens wahren Gemeinschaftsgeist setze. Zerstückelung führe zur Ohnmacht, nur die Einheit verbürge die Stärke, die notwendig sei, um sich im Wirtschaftleben das zurechende Recht zu verschaffen. -- Ueber die Gründung von

„Die am 18. Januar 1918 im „Volksause“ versammelten Funktionäre der Dresdner Gewerkschaften bestanden nachdrücklich, daß die freien Gewerkschaften auch während des Krieges ihrer im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt erprobten Grundsätze hochgehalten haben und weiterhin vertreten werden. -- Dagegen muß anerkannt werden, daß die durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes Aenderung der gewerkschaftlichen Taktik bedingt haben. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände und ihre Spitze, die Generalkommission, haben in anerkannter Weise alles zu erreichen versucht und erreicht, was nach der Machtenwicklung der organisierten Arbeiterkraft möglich war, insbesondere bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeiterschutzes, der Lebensmittelförderung und der Lage der Opfer des Krieges. -- Bei Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Leitungen kann allein ihre Haltung im wirtschaftlichen Kampfe maßgebend sein. Das Einseitige parteiliche Streikverhalten in die einheitliche Gewerkschaftsbewegung muß entschieden abgelehnt werden. Dieser Streit kann und will nur dazu dienen, die Organisationen der Arbeiterkraft zu zerstückeln, sie damit zur Ohnmacht zu verdammen und damit die gesamte Arbeiterbewegung in unverzeihlicher Weise zu schädigen. -- Nicht aller Gewerkschaftsgruppen ist es, das kostbare Gut ihrer Organisation, die Einheit, aus dem Weltbrande unverletzt in die Friedenszeit hinüberzutragen. Nur dann besteht die Gewähr, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird.“

### Arbeiterversicherung.

**Die Renten aus der Unfallversicherung werden ebenfalls erhöht.** Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 18. Januar 1918 beschlossen, daß die Empfänger von Renten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von  $\text{M} 8$  zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Vollrente sein;
2. der Verletzte muß sich im Inlande aufhalten;
3. es dürfen nicht Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder ein Versicherungsamt zu richten. Zweckmäßigerweise werden geeignete Schriftstücke dafür, daß die drei Bedingungen erfüllt sind, sofort beigefügt. Der Versicherungsträger teilt seine Entscheidung schriftlich mit. Der Antragsteller kann gegen die Entscheidung binnen einem Monat nach Aufstellung Einspruch bei dem Versicherungsamt einlegen, das auf seinem Rentenbeidebeleg angegeben ist. Das Versicherungsamt entscheidet endgültig.

Zulagen werden vom 1. Februar 1918 bis zum 31. Dezember 1918 gewährt und durch die Kasse ausbezahlt.

**Starke Mitgliederzunahme im Metallarbeiterverband.** Obwohl die Zahl der Einberufenen zum Heere die Zahl der Entlassungen im Jahre 1917 noch um 6205 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes überstieg, kann die Metallarbeiterzeitung für das vergangene Jahr über eine Zunahme von 140.915 Mitgliedern berichten. Eine so starke Mitgliedererweiterung hat der Metallarbeiterverband seit seinem Bestehen noch niemals berichten können. Selbst die Mehrereinerungen zum Heer außer Betracht gelassen, ergibt sich eine Zunahme von 37,15 pSt. der Mitgliederzahl. Besonders im Königreich Sachsen, im vierten Bezirk des Metallarbeiterverbandes, ist der Aufschwung ein sehr erfreulicher. Im ganzen Jahre ist die Mitgliederzahl um 10.449 oder um 29,27 pSt., also weit mehr als um ein Viertel, gestiegen. Die Zunahme wurde seit Bestehen des Bezirks nur in den Jahren 1910 mit 13.797 und 1911 mit 11.730 übertroffen. Der Prozentsatz der Zunahme ist aber gegenwärtig Steigerung der Mitgliederzahl im Jahre 1917 eine Rekordziffer darstellt, obwohl die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen die der entlassenen Verbandsmitglieder auch 1917 noch bei weitem überstieg. Auch die Beitragsleistung war glänzend. Auf jedes Mitglied kamen im

### Sozialpolitisches.

**Das Wohnungsgeich.** Das preussische Herrenhaus hat am 15. Januar den Wohnungsgeheimrat angenommen, so daß er nun wohl bald Gesetz werden wird. Damit ist nach langjährigen Mühen der erste Schritt zur großen Reform des Wohnungs- und Zielungswezens getan, dem weitere Schritte bald folgen müssen.

**Eine neue Kartoffelprämie.** In diesem Jahre erstreckt man einen möglichst großen Umfang des Anbau von Kartoffeln. Um das zu erreichen, wird geplant, für jeden Morgen mehr als bisher mit Kartoffeln behafteten Acker dem Landwirt eine Prämie zu gewähren. Als wiederum eine neue Liebesgabe winkt den Agrariern. Glad Einführung des Produktionszwanges Ausdehnung des Prämienwesens auf Kosten der Verbraucher, die natürlich auf diese Prämien bezahlen müssen. Das „Berliner Tageblatt“ meint zu diesem Punkte unter anderem: „Da Weizen und Roggen bereits eingesät sind, kann sich eine künstlich herbeigeführte, überaus starke Vermehrung des Kartoffelanbaues leicht in einer entsprechenden Verminderung der Daser und Getreideernte rächen, und das wäre das Schlimmste, was uns zur Erhaltung unserer Getreidevorräte begegnen könnte. Wahr ist ja, daß quantitative ganz andere Erträge an Kartoffeln auf den Acker gewonnen werden können, als an Getreide; da aber das doch leider nicht selten ist, die Kartoffelernte während nicht den Sommerernte entspricht, und gleichzeitig die Ausbeute des Sommergetreides zugunsten der Kartoffelernte geringfügig vermindert wird, so ist das doch ein Risiko, das einzugehen, man sich überlegen sollte; zumal schon der



feldmäßige, notwendig ausgebeutete Gemüts- und Hirn- anbahn wie die Verfrüchtigung allgemein auf Kosten der Getreideerzeugung erfolgt sind."

**Neue Gestaltung unseres Ernährungssystems durch die genossenschaftliche Erzeugervergattung?** In der vom Deutschen Städtebund gefassten Entschliessung wird unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß, so sehr die allgemeine Aufmerksamkeit in letzter Zeit auf den schweren Mangel des Viehfleischhandels und der Höchstpreisüber- schreitungen gelenkt worden sei, der Grundmangel der Ernährungswirtschaft bleibe doch die unzureichende Erfassung der Erzeugung auf dem Lande. Der Arbeitserfolg zahlreicher land- licher Verwaltungen sei nicht kräftig genug und werde auch von der Menge und Staatsgewalt nicht genügend gestützt, um die Waren, die Gegenstand der triegewer- schaftlichen Bestimmungen oder ordnungsmäßig abge- schlossener Verträge seien, für die Ernährung der Ver- braucherbezirke in geordneter Form nutzbar zu machen. Nur dadurch, daß die Erzeugervergattung, soweit sie Waren nicht dem freien Handel überlasse, durchweg von hoher Höchstpreisfestsetzung oder sonstigen halben Maßnahmen zur wirkungsvollen Erfassung der ge- samten Waren fortführe, könne dieser un- erträgliche Zustand beseitigt werden. Man wird gemeldet, daß für das nächste Wirtschaftsjahr eine Neugestaltung der Lebensmittelversorgung bevorstehe. Die bisherige Tätigkeit der Kommunalverbände und Verwaltungsbehörden soll durch die genossenschaftliche Erzeugerver- gattung ersetzt werden. In einer Denkschrift haben sich die landwirtschaftlichen Körperschaften bereit erklärt, die neue Aufgabe bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres zu übernehmen. Die landwirtschaftlichen Körperschaften wurden zur Vorlage eines Aktions- programms aufgefordert, das inwischen dem Kriegs- ernährungsamt unterbreitet ist. Es sei daraus folgendes mitgeteilt:

1. In jeder Gemeinde wird eine nach genossenschaft- lichen Grundrissen arbeitende Geschäftsstelle er- richtet, an die sämtliche Gemeindefassen ihre land- wirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist, abzuliefern haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist ihr die Geschäftsstelle zu über- tragen.
2. In jedem Kreis (Bezirk) wird eine Kreis- stelle errichtet, die sich an den Kommunalverband an- schließt.
3. In jeder Provinz beziehungsweise jedem Landes- teil ist eine Provinz- oder Landesstelle zu bilden in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haft- ung, der wegen ihres gemeinnützigen Charakters Steuer- und Stempelfreiheit zugesichert wird. An dieser Gesell- schaft mit beschränkter Haftung sind zu beteiligen die- jenigen landwirtschaftlichen Körperschaften, die sich in dem Gebiet bisher geschäftlich betätigt haben, also in erster Linie die im Bezirk ansässigen Zentralkauf- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Die so gebildeten Provinz- oder Landesstellen sind die verantwortlichen Träger der Erfassungswirtschaft.
4. Als Reichsstelle wird ein Ausschuss gebildet, der besteht aus Vertretern des Deutschen Landwirtschafts- rates und je zwei Vertretern des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Generalverbandes der deutschen Kaffeegenossens- schaften, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirt- schaftsgesellschaft. Sollte sich bei dieser Verwaltungsstelle die Notwendigkeit einer Geschäftsratifikation ergeben, so soll die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte um Übernahme dieser geschäftlichen Tätigkeit gebeten werden.

Damit hat sich die organisierte Landwirtschaft er- klärt, die Aufgabe zu übernehmen, an der bisherige Verwaltung gescheitert ist, nämlich die vorhandenen Vorräte restlos zu erfassen. Man darf erwarten, daß auch die übrigen in Frage kommenden Instanzen, vor allem der Reichstag, über diesen Plan ihr Urteil abgeben werden.

**Die Schuld an der Teuerung.** Die Frage, wen die Schuld an der Teuerung trifft, ist eine viel umstrittene. In den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft be- hauptet man, die „hohen Löhne“ der Arbeiterkraft trügen die Schuld an den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Daß dem nicht so ist, sondern daß die Löhne erst erhöht wurden, nachdem die Arbeiter mit den geringen Löhnen nicht mehr die gesteigerten Lebensunter- haltungskosten tragen konnten, ist schon mehr als einmal nachgewiesen worden. Der Gegenbeweis, daß zuerst die Löhne gestiegen seien und dann erst die Lebensmittel, konnte bisher nicht erbracht werden. Es ist bekannt, daß man zum Höchstpreis manches nicht haben kann. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Nahrungsbetriebe und sogar Kommunalverbände mußten mehr als einmal dazu übergehen, den Höchstpreis zu überschreiten, um überhaupt Lebensmittel zu erhalten. Trotzdem wurden weitere Preiserhöhungen der Landwirtschaft und des Handels, ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß die hohen Preise ihnen angeboten, ja „perдозu aufgedrängt“ worden seien, daß also die Schuld an der Ueberschreitung der Höchstpreise nicht die Produ- zenten und Händler, sondern die Konsumenten trügen. Es mag ein Körnchen Wahrheit darin liegen, daß die Konsu- menten hohe Preise anbieten und noch anbieten. Das ge- schieht aber nicht, weil sie ihr Geld los sein wollen, oder weil ihnen das Zahlen der hohen Preise Vergnügen macht, sondern es geschieht lediglich deshalb, um die von Land- wirtschaft und Handel zurückgehaltenen Waren, die sie zu normalen Preisen nicht herausgeben, zu bekommen. Nur die hittere Not zwingt die Konsumenten, hinauszugehen auf's Land, um dort für höhere Preise sich einige Lebens- mittel zu erwerben. Da Hunger weh tut und jeder etwas zu erhalten sucht, überbet man sich, und die Landwirte und Händler mühen die Not des Volkes vielfach aus. Es

ist eine bekannte Tatsache, daß man auf dem Lande bei dem Angebot von hohen Preisen vielfach abgewiesen wird mit dem Verweise, dafür seien Lebensmittel nicht zu haben. Sie (die Landwirte) können weit mehr bekommen. Sie veranlassen damit, den sich in Not befindlichen Konsumenten oder auch Kreise, denen es auf's Geld nicht ankommt und die noch nicht gelernt haben, sich einzuschränken, noch höhere Preise anzubieten. So treibt ein Teil den andern. Man kann aber gewiß nicht sagen, daß die Konsumenten nun die Schuld daran tragen, daß die normalen Preise und die Preise im Viehfleischhandel von Woche zu Woche gestiegen sind. Die Hauptschuld tragen die Landwirte und Händler, die ihre Produkte solange zu- rückhalten, bis welche Kreise, sogar Käufern- belehrung und Kommunalverbände gegen- wärtig waren, höhere Preise zu bezahlen. Alle Land- wirte mühen einmal den armen abgearbeiteten Arbeitern, dem notleidenden Mittelstand und den Beamten ihre Pro- dukte zu normalen Preisen anbieten, sie mögen die Kriegs- genussler, die mit gestiegenem Geldsack kommen, zur Tür hinauswerfen, sich mehr den Verdorbenen, die das Beste wollen, anpassen und ihren Sporn zurückdrängen, dann würden bald geordnete Verhältnisse Platz greifen und die Produkte zu einigermaßen erschwinglichen Preisen zu haben sein.

### Bewerbe- und soziale Hygiene.

**Die Ermüdung als Krankheitsverreger.** Der Vester Nervenarzt Dr. Kollaritz bespricht in der „Medizinischen Klinik“ an der Hand seiner Erfahrungen die Frage, daß ermüdete Körper viel leichter einer Infektion erliegen als ausgeruhte. Er schildert einen Leichtathleten, der nach einer ohne Erlaubnis unternommenen Bergtour an Lungenerkrankung erkrankte und nach drei Tagen starb. Dieser Patient befand sich immer wohl, wenn er seine kleinen Spaziergänge in der Dauer von 15 Minuten un- ternommen hatte. Auch der Fall eines Rückenmarkstranken wird angeführt, den nach einem ermüdenden Marsch von drei Stunden das gleiche Schicksal ereilte. „Sehr oft kommt es vor“, führt Kollaritz aus, „daß von Arbeit über- anstrengte, von Unglück undummer heimgesuchte Men- schen im besten Lebensalter und scheinbar gutem Kräfte- zustand von einer Pneumonie dahingerafft werden. Die Bemerkung von Oswald („Große Männer“) über den Er- schöpfungstod großer Männer, die nach ihren Ermüdungen an einem interkurrenten Leiden starben, ist eine treffliche Beobachtung, gilt aber auch auf die aufsteigende Tätigkeit von vielen kleinen Männern. Die Fälle, wo ich eine Lungenerkrankung bei akut oder viel mehr nach be- wußtlich ermüdeten, lange in großer Sorge oder Nummer lebenden Menschen gesehen habe, halten im allge- meinen einen schlechten Ausgang auch da, wo die betreffen- den Personen äußerlich nicht geschwächt ansahen. Die Ermüdung und Erregung bleiben nur Hilfsmomente. Viele werden ohne die Hilfsmomente gar nicht erkranken; aber oft entwickelt sich und schreitet das Leiden auch ohne sie weiter. Derjenige, der sich in seiner Lebensarbeit erschöpft, der von seinen Kräften zu viel verzehrt hat, geht, wenn er nicht zeitigen Ruhe nimmt, an der ersten ernstesten Krankheit unmittelbar plötzlich oder nach längerem oder längerem Siechtum zugrunde, und das ist oft eine Krank- heit, für die er sonst gar nicht empfänglich gewesen wäre.“

### Vom Ausland.

**In Oesterreich-Ungarn kam es zu umfangreichen Streik- bewegungen.** Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Bewegung schnell zu einem Massenstreik ungewöhnlichen Umfangs entwickelt. Ursprünglich mit Ernährungsfragen motiviert, zeigte die Bewegung alsbald ihre politischen Triebfedern. Es handelte sich im Grunde um die von weiten bürgerlichen Schichten unterstützte Forderung der Arbeiterschaft nach der Sicherstellung eines baldigen annerkennungsfreien Friedens. Am 20. Januar gelang es, nach mehrtägigen Verhandlungen mit verschiedenen Regierungs- stellen zu einer Einigung zu kommen, wobei den Wünschen der Arbeiter in weitem Umfang Rechnung getragen worden ist.

**Unser holländischer Bruderverband hat in den letzten vier Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen, wie aus nachstehenden Ziffern hervorgeht:**

1. Januar 1914	3114	Mitgl.,	insges. fl. 99 852,66	Einnahme
1. " 1915	3299	"	" 30 290,96	"
1. " 1916	3546	"	" 41 259,85	"
1. " 1917	3961	"	" 48 500,-	"
1. " 1918	4190	"	"	"

Das ergibt im Durchschnitt eine Mitgliederzahl von 3692 und eine jährliche Einnahme von 37 350 Gulden. Wenn man erwägt, mit welchen großen Schwierigkeiten auch unsere holländischen Kollegen in der Agitation zu kämpfen haben, so ist der erzielte Fortschritt der treffendste Beweis für die solide Grundlage, auf der die Organisation auf- gebaut ist und immer mehr das auf sie gesetzte Vertrauen der Mitglieder gewinnt. Darum weiter auf diesem Wege, jeder Kollege sei ein treuer Mitarbeiter!

### Verschiedenes.

**Die englische Farbstoffindustrie.** Nach einer Neuer- meldung soll eine der englischen Tuchindustrie angehörende Kommission 257 geheime deutsche Bestimmungen über die Vereitlung von Farbstoffen aus der Schweiz nach England mitgeteilt haben. Mit Hilfe des englischen Auswärtigen Amtes seien die geheimen Vorschriften sicher nach Eng- land geschafft worden; die Kommission wolle nicht ein Monopol gründen, sondern nur ihr Material der englischen Re- gierung anbieten zwecks Verwendung in den englischen industriellen Betrieben. Damit will das berüchtigte De- peschenbureau, wie das Wolffsbureau ausführte, glauben machen, es wäre nun endgültig vorbei mit der Ueber-

legenheit der deutschen Farbstoffindustrie. Es gibt damit zu, daß die in den vorangegangenen drei Kriegsjahren mit vielen finanziellen Opfern in England unternommenen Versuche der Verdrängung einer leistungsfähigen Farbstoff- industrie bisher keinen Erfolg gehabt haben. Die englische Regierung hat sich darum nicht gescheut, mit den Inter- essenten einen gemeinschaftlichen Diebstahl in Szene zu setzen und sich dessen nach Verübung noch öffentlich zu rühmen; aber auch diese Desperatopolitik wird kaum zum Erfolg führen; denn die deutsche Ueberlegenheit in der Farberstellung hängt nicht von bestimmten geheimen Rezepten ab, die man nur zu stehlen braucht, um dann ebenso gute Farben herzustellen. Wer die Entwicklung der deutschen Farberindustrie kennt, der weiß, daß sie ihre gegenwärtige Bedeutung nur erlangt hat auf Grund jahr- zehntelanger mühevoller Arbeit, die in den verschiedensten Anlagen im Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Industrie stattgefunden haben.

### Literarisches.

**Ein Bildnis Engelbert Bernerstorfers mit seinem Namenszuge hat die Wiener Volksbuchhandlung in Postkarten- format herstellen lassen. Die Karte ist zum Preise von 26 Heller durch die Volksbuchhandlung von Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zu beziehen.**

**„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift.** Heraus- geber: Maxus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 88). Das eben erschienene Heft 48 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Gensch, M. d. R.: Schlag- wortkritik. August Winnig: Randbemerkungen zur Friedens- politik. Bernhard Nausch: Zur Weißfriedensfrage. Theodor Leipart: Zukunftsaussagen der Gewerkschaften. (Eingelhefte 80 A, vierteljährlich M. 8,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.)

**Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer- straße 121 h) haben soeben das dritte Heft ihres 24. Jahr- ganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Realitäten der kontinental-europäischen Politik, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstages; — Engelbert Bernerstorfer, von Karl Leuthner, Mitglied des österreichischen Reichsrates. — Die Friedens- verhandlungen, Rußland und England, von Max Schippel — Unruher Kampf, von Heinrich Reus, Mitglied des Reichstages. — Zur Reform des Koalitions- rechts, von Dr. Hugo Heimann. — Eine ver- kümmerte Wurzel des Sozialismus, von Alfred Weglich. — Neueste französische Dichtungen, von Dr. Max Schönbach. — Der Dausonstraß, von Paul West- heim, und anderes mehr. — Das Heft enthält ein Porträt Engelbert Bernerstorfers, gezeichnet von John Socyler. — Der Preis des Heftes beträgt 60 J., der eines Vierteljahresabonnements M. 8,80. Zu beziehen in jeder Buchhandlung, in den Kiosken der Bahnhöfe, bei allen Kolportageuren; ferner zu haben durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monats- hefte“, Berlin W 85. Man erlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.**

### Sterbetafel.

**Darmstadt.** Am 8. Januar starb plötzlich an einem Gehirn- schlag unser langjähriges Vorstandsmitglied, der Kollege **Georg Simon** im 50. Lebensjahre.  
**Salzbrunn.** Am 16. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **H. v. Schlichter** im Alter von 28 Jahren an Herzschwäche.  
**Ehre ihrem Andenken!**

### Vereinsteil.

**Bericht der Hauptklasse vom 21. bis 26. Januar.**  
Eingekandt haben: Düren M. 100, Cassel 200, Frank- furt a. M. 500, Stuttgart 300, Fürstenwalde 5,60, Glauchau 14,87, Hamm 7, Köln 400, Landsberg 6, Heilbronn 110,36, Altenburg 100, Rostock 68,71.  
Berichtigung: In voriger Nummer muß es unter Dresden statt M. 2000, M. 2200 heißen.

**Wertzeichen wurden versandt (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale):** Potsdam 30 B à 60 A, 5 F. Östlich 20 E à 100. Werdau 200 B à 75, 200 à 45. Düren 100 B à 115. Grünberg i. Schl. 100 B à 90. Mainz 400 B à 10. Celle 200 B à 80. Danzig 200 B à 75, 400 B à 120, 200 B à 10. Nürnberg 800 B à 125. Altenburg 200 B à 75, 100 B à 95, 100 B à 115. Grimmitzschau 20 B à 115. Stiel 2000 B à 120. Meerane 100 B à 70, 10 E à 100. Braunschweig 400 B à 100, 400 B à 120. Bremen 100 B à 10, 50 E à 100. Dessau 100 B à 80. Dortmund 400 B à 120. Eisenach 100 B à 110. Erfurt 200 B à 80, 200 B à 100, 400 B à 120, 100 B à 10. Forst 50 B à 110. Frankfurt a. M. 1200 B à 80, 400 B à 100, 800 B à 120. Wilhelmshaven 400 B à 125. Berlin 200 E à 100, 50 E à 50, 400 B à 10. Cassel 800 B à 80, 400 B à 120. Köln a. Rh. 800 B à 75, 1000 B à 115, 200 B à 10. Düsseldorf 600 B à 80, 200 B à 120. Elberfeld 200 B à 120, 200 Ertramarken à 25. Gotha 1200 B à 70. Kaiserlautern 100 B à 110. Salsch 400 B à 120. Steffin 400 B à 80, 400 B à 120. Posen 100 B à 80. Weimar 100 B à 110. Wiesbaden 2000 B à 120, 400 B à 10.

**Die Woche vom 3. bis 9. Febr. ist die 6. Beitrags- woche.**  
**G. Wenker, Kassierer.**

**Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 3 des „Correspondenzblattes“ bei.**